



**Fraktion im Rat der Stadt Hagen**

Rathausstraße 11  
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: [fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de](mailto:fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de)

Internet: [www.fraktion-hagen-aktiv.de](http://www.fraktion-hagen-aktiv.de)

Hagen, 15. März 2016

## **Pressemitteilung Fraktion Hagen Aktiv**

### **„Hagen Aktiv stimmt Haushaltssicherungspaket zu“**

„Erstmals, seit Hagen Aktiv im Rat der Stadt vertreten ist, werden wir dem Haushaltssicherungspaket unterm Strich zustimmen“, griff der Fraktionsvorsitzende von Hagen Aktiv, Dr. Josef Bücker, der Abstimmung seiner Fraktion am Donnerstag im Rat vor. „Seit der Winterpause haben wir in vielen Sitzungen Gemeinsamkeiten mit den Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP ausgelotet und schließlich einen gemeinsamen Nenner gefunden.“

Hagen Aktiv habe einige Vorschläge der Verwaltung aus dem Paket heraus verhandeln können. Kürzungen im sozialen Bereich, etwa bei den Zuschüssen für Seniorenbegegnungsstätten und Schwangerschaftskonfliktberatung, oder bei der Verbraucherzentrale, seien mit ihnen nicht umsetzbar gewesen, so Dr. Bücker weiter. „Auch der geplanten Geschwisterkind-Regelung, hier der Erhöhung um 50%, hätten wir die Zustimmung verweigert. In dem jetzt vorliegenden Paket taucht sie nicht mehr auf.“

Zum Ausgleich für den Wegfall dieser HSP-Maßnahmen habe Hagen Aktiv auch eigene Vorschläge eingebracht. So tragen die Empfehlungen, Bußgelder für Umweltverschmutzung ("Müllsünden") drastisch zu erhöhen und deren Eintreibung zu verbessern sowie die Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU den Stempel von Hagen Aktiv.

„Kürzungen machen niemandem Spaß, aber auf dem Weg raus aus der Neuverschuldung, hin zu einem ausgeglichenen Haushalt, hat auch Hagen Aktiv die ein oder andere Kröte schlucken müssen, zum Beispiel die Sportstättenumlage,“ führte Dr. Bücker weiter aus. „Auch die Verkleinerung des Rates stellt für uns eigentlich eine unzulässige Beschneidung der Demokratie dar.“

Nun müsse es noch gelingen, die Genehmigung der Bezirksregierung zu erhalten. „Es sollen erneut erhebliche Einschnitte beschlossen werden, die Hagens Bemühungen dokumentieren, wieder selbst handlungsfähig zu werden. Dieses

Bemühen muss auch vom Land NRW und der Regierungspräsidentin anerkannt werden“, so Dr. Bucker abschließend.